

Weiterhin Anspannung aller Ressourcen: Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1982/83	51
Zur Situation des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik Deutschland	59

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 5/83

Berlin

3. Februar 1983

50. Jahrgang

Stiglin

Weiterhin Anspannung aller Ressourcen

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1982/83

Die wirtschaftlichen Ergebnisse im Jahr 1982 werden in der offiziellen Berichterstattung der DDR als kontinuierliche Fortsetzung einer stabilen und dynamischen Entwicklung beschrieben. Die dabei entstandenen Schwierigkeiten werden kaum angedeutet: 1982 wurden die Erdöllieferungen aus der Sowjetunion um 10 vH gekürzt. Die DDR mußte außerdem ihren Schuldenstand gegenüber den westlichen Ländern verringern; dies war nur möglich durch Reduzierung der Importe und steigende Exporte. Die knappen Ressourcen zwangen zu extremer Sparsamkeit, und das wirtschaftliche Wachstum hat sich verlangsamt. Der Wachstumsverlust ging auf Kosten der inländischen Verwendung. Verbrauch und Investitionen lagen — zu konstanten Preisen — unter dem Ergebnis von 1981. Die Wachstumsvorstellungen des laufenden Fünfjahrplans mußten aufgegeben werden. Gleichwohl ist beachtlich, daß die DDR unter den gegebenen Bedingungen die gesamtwirtschaftliche Leistung um 3 vH erhöhen und die Verschuldung abbauen konnte.

Entwicklung 1982

Die Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung des Volkswirtschaftsplans 1982¹ zeigt folgendes Bild (Zunahme gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH):

	Fünf- jahr- plan 1981-1985	Jahr 1982		
		1981 Ist	Plan	Ist- ergeb- nis
Produziertes Nationaleinkommen	5,1	4,8	4,8	3
Industrielle Warenpro- duktion (Volkswirtschaft)	5,1	5,5	4,6	3,2
Einzelhandelsumsatz	3,7	2,5	4,0	< 1
Export*	8,5	15,4	.	14,0

* Fünfjahrplan: Export in das sozialistische Wirtschaftsgebiet; zu vergleichbaren Preisen. Jahresdaten: Gesamtexport, jeweilige Preise.

Schon aus diesen Daten wird deutlich, daß die DDR 1982 die Grundlinien des Fünfjahrplans 1981 bis 1985 aufgeben mußte. Auch dieser mittelfristige Plan hatte Sparsamkeit beim Verbrauch von Energie und Rohstoffen sowie eine Forcierung des Exports vorgesehen und diese beiden Ziele noch stärker herausgestellt als die ihm zugrunde liegende Direktive des X. Parteitages der SED². Bei seiner Ausarbeitung war aber vermutlich noch unterstellt worden, daß insbesondere die Erdöllieferungen der Sowjetunion in der Planperiode gleichbleiben würden und daß es nicht notwendig sein würde, den Schuldenstand gegenüber dem Westen senken zu müssen. Daß beide für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigen Voraussetzungen gleichzeitig entfallen sind, machte die besondere Problematik des Jahres 1982 aus. Das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten ist allem Anschein nach nicht einmal im Jahresplan für 1982 richtig eingeschätzt worden.

¹ Neues Deutschland vom 15./16. Januar 1983, S. 3f.

² Hauptaufgabe Export — Die Direktive zum Fünfjahrplan für die Wirtschaft der DDR 1981 bis 1985. Bearb.: Doris Cornelien. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 31/81.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR

Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1976-1980 ¹⁾	1981-1985 ¹⁾	1981	1982		1983
	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan
<u>Produziertes Nationaleinkommen</u>	4,1	5,1	4,8	4,8	3	4,2
<u>Industrie</u>						
Nettoproduktion	5,0	.	5,5	.	5 ⁸⁾	.
Industrielle Warenproduktion	4,7 ⁹⁾	5,1	5,5 ⁹⁾	4,6	3,2	3,8
dar.: im Bereich der Industrieministerien	5,5	5,5	5,9	5,1	4,3	4,5
Arbeitsproduktivität	4,6 ¹⁰⁾	5,2 ¹¹⁾	4,2 ¹⁰⁾	4,5 ¹¹⁾	3,6 ¹¹⁾	4,0 ⁸⁾
<u>Bauwirtschaft</u>						
Bauproduktion der Volkswirtschaft	2,3 ¹²⁾	3,4	3,5 ¹²⁾	2,8	4,2	1,4
dar.: Bereich des Ministeriums für Bauwesen	3,8 ¹²⁾	.	3,0 ¹²⁾	3,8	.	4,0
Fertiggestellte Wohnungen) in davon: im Neubau durch Modernisierung	188,0	185,4	179,6	187,1	187,7
davon: im Neubau		111,9	125,7	117,5	122,4	117,5
durch Modernisierung	50,7	68,0	59,6	62,1	64,6	70,2
<u>Landwirtschaft</u>						
Bruttobodenproduktion ²⁾	0,3 ¹³⁾	2,1/2,3 ¹⁴⁾	0,9	.	-1,5 ¹⁶⁾	> 7
dar.: Getreide	0,8 ¹³⁾	2,0 ¹⁴⁾	-7,9	.	13,4	2,5
Viehbestand ³⁾	0,5 ¹³⁾	.	0,6	.	-2,6 ¹⁶⁾	.
Tierische Marktproduktion ⁴⁾	3,8 ¹³⁾	0,9 ¹⁴⁾	2,8	-1,4 ¹⁵⁾	-7 16)	> 3 15)
<u>Einzelhandelsumsatz, gesamt</u> ⁵⁾	4,1	3,7	2,5	4,0	< 1	3,0
davon: Nahrungs- u. Genußmittel	3,4	< 3,7	2,9	.	1,9 ¹⁷⁾	.
Industriewaren	4,8	> 3,7	2,1	.	-0,4 ¹⁷⁾	.
<u>Außenhandelsumsatz, gesamt</u> ⁶⁾	10,3 ¹⁸⁾	.	10,7	15	.	13,0
davon: Einfuhr	10,3 ¹⁸⁾	.	6,4	.	.	.
Ausfuhr	10,2 ¹⁸⁾	8,4 ¹⁹⁾	15,4	.	14	.
<u>Investitionen, insgesamt</u> ⁷⁾	4,6 ¹⁸⁾	-2,1 ²⁰⁾	2,7	.	-6,5 ²¹⁾	-10 ²²⁾
<u>Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung</u>	3,7	3,7	3,3	4,0	2,7	3,0

1) Durchschnittliche jährliche Veränderung.-2) Gesamtheit der pflanzlichen Produktion je Flächeneinheit; ermittelt unter Zugrundelegung des Getreide-Einheiten-(GE)-Schlüssels der DDR.-3) Auf der Basis von Großvieheinheiten (GV); ermittelt unter Zugrundelegung des GV-Schlüssels der DDR.-4) Summe des staatlichen Aufkommens an Schlachtvieh, Milch, Eiern und Wolle bewertet in GE.-5) Zu jeweiligen Preisen.-6) Zu jeweiligen Preisen; einschl. innerdeutscher Handel.-7) Zu Preisen von 1980.-8) Im Bereich der Industrieministerien.-9) Errechnet aus monatlichen Indexangaben; 1976 bis 1980 von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.-10) Ermittelt aus dem Index der Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten.-11) Im Bereich der Industrieministerien; Basis Warenproduktion.-12) Aus Indexangaben errechnet.-13) Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten unter Berücksichtigung aller Jahreswerte (1976 bis 1980) gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1975.-14) Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten ausgehend vom Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 im Hinblick auf das geplante Volumen des Jahres 1985.-15) Hochgerechnete Mengenplanung bei Schlachtvieh, Milch und Eiern.-16) Geschätzt.-17) Januar bis Oktober gegenüber entsprechender Vorjahreszeit.-18) Errechnet unter Einbeziehung aller Jahreswerte.-19) Export in sozialistische Länder; konstante Planpreise.-20) Unter Berücksichtigung des geplanten Gesamtvolumens von 256 Milliarden Mark.-21) Januar bis September gegenüber entsprechender Vorjahreszeit (lt. ECE); bezieht man das im Erfüllungsbericht genannte Volumen von nominal 54,3 Mrd. M auf den entsprechenden Vorjahreswert (57 Mrd. M), würde der Rückgang zu laufenden Preisen bei -4,7 vH liegen.-22) Errechnet unter Zugrundelegung eines Investitionsvolumens für 1982 von 52,4 Mrd. M (Preise von 1980) und einem Planansatz von 47 Mrd. M für das Jahr 1983.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Gesetz über den Fünfjahrplan... 1981 bis 1985 (GB1. der DDR, Teil I/1981, S. 416 ff); Volkswirtschaftspläne (zuletzt: Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1983, in: GB1. der DDR, Teil I/1982, S.623 ff); Planerfüllungsberichte (zuletzt: Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1982, in: Neues Deutschland vom 15./16. Januar 1983, S. 3f.); Statistical indicators in short term economic changes in ECE countries. Economic Commission for Europe, Genf (zuletzt: Nr. 11/1982); Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Die veränderten Rahmenbedingungen haben kurzfristige Anpassungen und stärkere Planänderungen notwendig gemacht, durch deren Ausmaß ein Plan-Ist-Vergleich stark eingeschränkt wird. Importe aus westlichen Ländern — mit Ausnahme der Bezüge im inner-

deutschen Handel — wurden radikal reduziert; davon waren offenbar auch notwendige Investitionsgüter und Zulieferungen für die laufende Produktion betroffen. Der Energieeinsatz wurde noch stärker auf heimische Braunkohle umgestellt.

Die Knappheit an Material und Investitionen hat wieder zu einem Rückgriff auf strenge Kontrollmechanismen geführt³. Der Entscheidungsspielraum der Kombinate wurde eingeschränkt, Investitionen wurden reglementiert, Forschungspläne überprüft, die güterwirtschaftliche Bilanzierung ausgedehnt, Normen für den Materialverbrauch und die Lagerhaltung verschärft, Kontingentierungen eingeführt.

Die DDR hat die Probleme allerdings mit bemerkenswertem Erfolg bewältigt. Wie der Planerfüllungsbericht meldet, konnte der Zuwachs an Endprodukten mit einem absolut niedrigeren Einsatz von Material und Energie erreicht werden. Der spezifische Verbrauch von volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Energieträgern, Roh- und Werkstoffen wurde um 6 vH reduziert. Im einzelnen wurde der Verbrauch in den Betrieben und Einrichtungen der Volkswirtschaft bei Heizöl um 25 vH, bei Benzin um 30 vH, bei Dieselmotorkraftstoff um 13 vH und bei Steinkohlensmehl um 11 vH gesenkt. Derart rigide Sparmaßnahmen konnten nicht ohne Einfluß auf die Gesamtentwicklung bleiben, und es ist eher bemerkenswert, daß trotz allem die Produktion insgesamt deutlich gestiegen ist.

Industrie und produzierende Bereiche

Schon in der Planung war für die Industrie die Grundlinie des Fünfjahrplans verlassen und das Wachstumstempo vorsichtig veranschlagt worden. Nach Anlaufen des Planjahrs sind die Planaufgaben — wie üblich — noch reduziert worden, und zwar in beträchtlichem Ausmaß⁴. Das tatsächliche Ergebnis zeigt eine Zunahme der industriellen Warenproduktion der Volkswirtschaft von 3,2 vH (im Bereich der Industrieministerien: + 4,3 vH).

Ergebnisse für die zehn Industriezweige liefert die Monatsstatistik, allerdings erst für die Monate Januar bis Oktober. Danach hat sich das Wachstum in allen Industriezweigen verlangsamt. Dies gilt selbst für die stark geförderte Energie- und Brennstoffindustrie, für die so wichtigen Bereiche Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau und den Maschinenbau. In der Baumaterialienindustrie und in der Lebensmittelindustrie war sogar ein Rückgang der Produktion zu verzeichnen.

Ein sehr positiver Bericht findet sich für die Bauwirtschaft. Hier sind nach Angaben der Statistik die Bauleistungen 1982 um 4,2 vH gestiegen. Dieses Wachstum ist mehr, als der Plan vorgesehen hatte; es wurde darüber hinaus mit einem absolut geringeren Einsatz an Energie, Rohstoffen und Material erzielt. Die ausgewiesene Zunahme der Bauproduktion findet sich allerdings nicht in den realen Bauleistungen wieder. Im Wohnungsbau, der mehr als ein Viertel des Bauvolumens der Volkswirtschaft auf sich vereinigt, wurde ein realer Zuwachs von 1 vH erreicht; die Produktion im Industriebau ist absolut gesunken. Im Ver-

Industrielle Warenproduktion¹

Veränderungen gegenüber der Vorjahreszeit in vH

	Jahr			Jan.-Oktob.	
	1979	1980	1981	1981	1982
Energie- und Brennstoffindustrie	4,2	3,9	4,0	3,3	2,8
Chemische Industrie	3,6	3,5	3,8	2,2	4,3
Metallurgie	1,6	4,6	7,3	6,2	2,3
Baumaterialienindustrie	1,4	0,7	1,2	0,2	-2,6
Wasserwirtschaft	3,4	2,4	5,3	4,6	3,8
Maschinen- und Fahrzeugbau	5,7	5,7	6,7	5,5	4,0
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	9,3	10,1	10,1	9,1	6,6
Leichtindustrie	3,5	3,9	4,1	3,1	1,8
Textilindustrie	2,2	3,8	4,0	3,1	2,0
Lebensmittelindustrie	2,4	2,4	2,3	2,1	-1,4
Gesamte Industrie	4,1	4,6	5,5	4,2	3,2

1) Errechnet aus monatlichen Index-Angaben; tatsächliches Ist, d.h. unter Rückrechnung der - arbeitstäglich bereinigten - Ursprungsdaten.

Quelle: Statistical indicators in short term economic changes in ECE countries. Economic Commission für Europe, Genf.

kehrsbereich (Anteil am Bauvolumen: rund 10 vH) wurden steigende Leistungen erbracht. 140 km Eisenbahn wurde elektrifiziert (1981: 80 km) und die Autobahn nach Hamburg fertiggestellt. Im Ergebnis ist nicht auszuschließen, daß die Berichterstattung über die Bauproduktion durch Preissteigerungen bei Neubauten und veränderte Abrechnungsprinzipien bei den stark steigenden Modernisierungen überhöht ist.

Ein beachtlicher Erfolg ist im Verkehrswesen erreicht worden, und zwar nicht in der Erhöhung der Leistung, sondern in der Umstrukturierung. Hier ist vermutlich der wesentliche Teil der Treibstoffeinsparungen der gesamten Volkswirtschaft realisiert worden. Der Anteil der Eisenbahn an der Gütertransportlei-

³ DDR-Wirtschaftssystem: Kontrollmechanismen erneut verschärft. *Bearb.: Doris Cornelsen, Angela Scherzinger.* In: Wochenbericht des DIW. Nr. 21/82.

⁴ Der veröffentlichte Volkswirtschaftsplan wird erfahrungsgemäß im Lauf der Planperiode korrigiert. Die im Planerfüllungsbericht ausgewiesene „Übererfüllung“ des Plans bezieht sich immer auf den korrigierten Plan. Für 1982 wird für die industrielle Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien eine Produktionszunahme von 4,3 vH und eine „Übererfüllung“ von 0,8 vH angegeben. Daraus errechnet sich ein Planziel von 3,5 vH, im ursprünglichen Plan standen 5,1 vH. Diese Differenz von zuletzt 1,6 vH ist kontinuierlich gestiegen, sie betrug Mitte der siebziger Jahre erst 0,8 Prozentpunkte.

stung im Binnenverkehr erhöhte sich auf 72 vH; im Straßengütertransport ist die Leistung um 19 vH gesenkt worden.

Ganz unterschiedliche Ergebnisse zeigte 1982 die Landwirtschaft. Das positive Ergebnis ist die Getreideernte, die mit 10 Mill. t höher als je zuvor gewesen ist. Die Erträge bei den anderen Kulturen waren weniger gut, so daß die Bruttobodenproduktion des Vorjahres nicht ganz erreicht worden ist. Sie war jedoch höher als im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980. Die Tierproduktion hatte einen Rückgang zu verzeichnen. Die tierische Marktproduktion nahm um 7 vH ab, gleichzeitig wurden die Viehbestände verringert (bei Rindern um 70 000 Stück oder 1 vH, bei Schweinen um fast eine Million oder 7 vH). Dies war im wesentlichen auf die angespannte Futtersituation zurückzuführen. Insbesondere im ersten Halbjahr war der Rückgang der Viehbestände beträchtlich. Im zweiten Halbjahr haben sich die Bestände auf niedrigerem Niveau stabilisiert.

Die Bedeutung der agrarischen Importe ist derzeit noch schwer einzuschätzen. Getreide wurde etwa im gleichen Umfang eingeführt (1981: 3,2 Mill. t), bei den Eiweißkonzentraten deuten die bisher vorliegenden — allerdings unvollständigen — Daten sogar eine Erhöhung an (1981: 1,03 Mill. t). Nach Aussagen auf der 5. Tagung des ZK der SED wurden 1982 — genau wie 1981 — für den Einkauf von Getreide und Futtermitteln aus „kapitalistischen“ Ländern 1,8 Mrd. Valutamark ausgegeben. Die Weltmarktpreise in diesem Bereich sind 1982 gefallen; auch daraus ergibt sich, daß die Einfuhr mengenmäßig gestiegen sein dürfte.

Auf der 5. Tagung des ZK der SED Ende November 1982 wurde scharfe Kritik an der Tierproduktion geübt. Die Tierverluste wurden als unvermeidbar hoch bezeichnet, insbesondere die Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben. Leistungsvergleiche mit dem Ziel einer entschiedenen Senkung der Tierverluste haben hohe Priorität⁵. Ein Vergleich mit westdeutschen Ergebnissen zeigt jedoch, daß die Tierverluste in der DDR jedenfalls bei Schweinen nicht ungewöhnlich hoch sind. Auch in der Bundesrepublik liegen die Verluste an Ferkeln in der Aufzuchtperiode je nach Rasse zwischen 8 vH und 10 vH der Bestände, die Verluste an Mastschweinen zwischen 4 und 8 vH —, und das in den darüber berichtenden, hervorragend geführten „Herdbuch-Betrieben“. Eine Senkung dieser Verluste ließe sich sicherlich mit einem hohen Aufwand an Medikamenten erreichen, was allerdings einer gesunden menschlichen Ernährung zuwider liefe.

Verwendung des produzierten Nationaleinkommens 1982

Die Wachstumsabschwächung im Jahre 1982 hat sich in besonderem Maß bei der inländischen Verwen-

dung ausgewirkt; denn die Exporte mußten angesichts der außenwirtschaftlichen Lage ausgeweitet werden. Für den privaten Verbrauch und die Investitionen zusammengenommen blieb deshalb weniger übrig als 1981.

Beim privaten Verbrauch lief diese Entwicklung den Planungen zuwider. Nach dem Volkswirtschaftsplan 1982 sollten die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung und der Einzelhandelsumsatz um jeweils 4 vH steigen, dies entsprach auch den Grundlinien des Fünfjahrplans. Selbst wenn man in gewissem Umfang Preissteigerungen einkalkuliert, sollte damit auch real der private Verbrauch erhöht werden. Dieses Ziel ist durch die veränderten Wachstumsbedingungen zu nichte gemacht worden. Der Einzelhandelsumsatz ist kaum noch gestiegen, bei Industriewaren war sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen (jährliche Zunahme in vH):

	1971/1975	1976/1980	1981	1982
Einzelhandelsumsatz	5,1	4,1	2,5	<1
Nahrungs- und Genußmittel	3,5	3,4	2,9	1,9*
Industriewaren	6,8	4,8	2,1	-0,4*

* 10 Monate

In beiden Teilbereichen des Einzelhandels ist außerdem die nominale Steigerung des Umsatzes nicht identisch mit einer realen Erhöhung, weil es nach wie vor Verlagerungen des Angebots hin zu den hochwertigen, aber auch viel teureren Waren sowie Preiserhöhungen gibt. Real war der private Verbrauch 1982 insgesamt rückläufig.

Klagen über Versorgungsmängel waren 1982 zahlreich und nicht beschränkt auf regionale und vorübergehende Lücken und Engpässe. Im Planerfüllungsbericht werden sie lakonisch als „Störungen des Rhythmus im September/Oktober“ bezeichnet. Am 20. Oktober hat das Politbüro Maßnahmen zur Versorgung mit bestimmten Erzeugnissen im vierten Quartal 1982 beschlossen⁶. Zusätzliche Einfuhren und Lieferungen aus Lagerbeständen haben die Lage danach verbessert.

Die Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung sind in wesentlichen Teilen mit der Entwicklung der Produktion verknüpft. Sie blieben somit — genau wie die Produktion — 1982 in ihrer Zunahme hinter dem Planan-

⁵ Vgl. etwa den Brief der Zentralen Beratung der Leitungskader und Praktiker der sozialistischen Landwirtschaft an das Zentralkomitee der SED, in: Neues Deutschland vom 22./23. Januar 1983, S. 3.

⁶ So die Aussage auf der 5. Tagung des ZK der SED am 26. November 1982.

satz zurück. Ein Vergleich der Entwicklung von Geldeinnahmen und Einzelhandelsumsatz zeigt, daß 1982 das in der Regel immer sorgsam ausbalancierte Gleichgewicht zwischen der Güterbereitstellung und den Geldeinnahmen ins Wanken gekommen ist. Überschlägig gerechnet überstiegen 1982 die Geldeinnahmen das Güterangebot um rund 2 Mrd. Mark.

Beim zweiten großen inländischen Verwendungsbereich, den Investitionen, war bereits in der Planung eine restriktive Linie eingeschlagen worden. Der Volkswirtschaftsplan in seiner veröffentlichten Form enthielt zwar keine Planziele für die Investitionen, viele Äußerungen deuteten aber darauf hin, daß die reale inländische Investitionstätigkeit 1982 unter dem Vorjahresergebnis bleiben sollte. Der Planerfüllungsbericht nennt jetzt 54,3 Mrd. Mark (Ergebnis 1981 laut Statistischem Jahrbuch: 55,2 Mrd. M). Erfahrungsgemäß wird jedoch im Planerfüllungsbericht bei Investitionen immer das nominale Ergebnis genannt. Somit war der Rückgang real noch krasser: Er ist auf mehr als 6 vH zu veranschlagen. Die Investitionen in der Industrie beliefen sich auf 26,5 Mrd. Mark, das sind 3,2 Mrd. Mark oder 10 vH weniger als 1981. Der Rückgang dürfte in einigen Bereichen der Industrie noch stärker gewesen sein; denn die Investitionstätigkeit konzentrierte sich vornehmlich auf den Ausbau der Energie- und Rohstoffbasis sowie auf die weitere Umstellung des Einsatzes der Energieträger. Investitionsschwerpunkte waren außerdem die Mikroelektronik und die Automatisierungstechnik. In anderen Bereichen der Industrie sind die Betriebe hauptsächlich auf die Überholung alter Anlagen angewiesen.

Die Bedeutung der Investitionen für die Entwicklung der Produktionskapazität und das mögliche wirtschaftliche Wachstum ist — jedenfalls global — nicht eindeutig bestimmbar. Die Entwicklung der Industrieproduktion der DDR im Jahr 1982 zeigt zwar, daß auch mit geringeren Investitionsausgaben, die noch dazu im Schwerpunkt in den Grundstoffbereichen mit geringer „Investitionseffektivität“ (Produktionszuwachs je 1000 Mark Investitionen) eingesetzt wurden, insgesamt ein beachtliches Wachstum erreicht werden konnte. Der Planerfüllungsbericht verweist jedoch auch darauf, daß durch die beschleunigte Fertigstellung von bereits früher begonnenen Vorhaben ein um 5 vH größeres Investitionsvolumen erstellt worden ist als im Vorjahr. Insofern waren die Bedingungen im Jahr 1982 also günstiger als es die Daten über die Investitionsaufwendungen ausweisen. Die Zahl der neubegonnenen Vorhaben ist 1982 weiter verringert worden, das Volumen unvollendeter Investitionen wurde reduziert. In den kommenden Jahren werden sich aber ähnlich günstige Bedingungen nicht wiederholen. Der eingeschlagene Weg, wirtschaftliches Wachstum vorrangig auf der Basis des vorhan-

denen Anlagevermögens zu erwirtschaften, steht somit erst vor der Bewährungsprobe.

Die Planung für 1983

Der Volkswirtschaftsplan 1983 setzt für das Wachstum etwas höhere Ziele, als 1982 realisiert worden sind (Zuwachs gegenüber 1982 in vH):

- produziertes Nationaleinkommen: 4,2 vH
- industrielle Warenproduktion: 3,8 vH, darunter im Bereich der Industrieministerien: 4,5 vH,
- Einzelhandelsumsatz: 3,0 vH,
- Nettogeldeinnahmen: 3,0 vH,
- Außenhandelsumsatz: 13 vH.

Allerdings sind die Wachstumsziele bereits niedriger gesetzt als im Jahr zuvor; das heißt, daß die DDR bewußt auf einen unter den bisherigen mittelfristigen Vorstellungen liegenden Wachstumspfad einschwenkt. Für alle großen Aggregate mit Ausnahme des Außenhandels sind die Planziele um etwa einen Prozentpunkt niedriger als im Fünfjahrplan. Höher sind einige der geforderten Materialeinsparungen (Walzstahl und Zement). Insgesamt soll der spezifische Verbrauch an volkswirtschaftlich wichtigen Rohstoffen und Energieträgern weiter gesenkt und das Wirtschaftswachstum mit den gleichen, teilweise geringeren Fonds an Energieträgern, Rohstoffen und Material erreicht werden.

In der Konstellation der Zuwachsraten zwischen inländischer Verwendung und Außenwirtschaft gibt es ähnliche Relationen wie 1982: Die Zunahme beim Außenhandelsumsatz liegt weit über dem Wachstum des produzierten Nationaleinkommens. Zwar wird der Außenhandelsumsatz in jeweiligen Preisen geplant, aber auch real dürfte der Abstand noch groß sein. Die inländische Verwendung wird knapp dotiert. Dies gilt in erster Linie für die Investitionen, deren Volumen mit 47 Mrd. Mark angegeben wird. Gegenüber dem im Statistischen Jahrbuch 1982 veröffentlichten Volumen für 1981 (55,2 Mrd. Mark) bedeutet das einen Rückgang von 15 vH; gegenüber dem — geschätzten — Ergebnis von 1982 beläuft sich der Rückgang auf 10 vH. Schwerpunkte sind die Bereiche Energie, Rohstoffe und Mikroelektronik, andere Bereiche dürften bei dieser Investitionspolitik zunehmend in Schwierigkeiten geraten.

Auch das Ziel für die Erhöhung der Nettogeldeinnahmen und des Einzelhandelsumsatzes bleibt unter dem Produktionswachstum. Gleichwohl ist mit der Zunahme von 3 vH zumindest geplant, die Bedürfnisse der Bevölkerung wieder stärker zu berücksichtigen.

Eine Abweichung von der Fünfjahrplanung zeigt sich auch im Bereich der Industrie. Dort waren für die durchschnittliche jährliche Produktionszunahme im

Planansätze der industriellen Warenproduktion im Bereich der Industrieministerien

jährlicher Zuwachs in vH

Bereich des Ministeriums für ...	1981 - 1985 ¹⁾		Jahrespläne		
	Direktive	Fünf-jähr-plan	1981	1982	1983
Kohle und Energie	.	.	3,8	3,7	3,7
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	.	.	5,8	3,3	2,6
Chemische Industrie	5,9 - 6,2	.	6,3	6,0	3,3
Elektrotechnik, Elektronik	9,3 - 9,6	9,6	8,9	7,7	8,5
Schwermaschinen- und Anlagenbau)	6,7	5,9	5,7	5,2
Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau)))))
Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau)	7,2 - 7,4	9,1	8,7	8,4
Leichtindustrie	4,7 - 5,1	.	4,0	3,7	3,1
Glas- und Keramikindustrie	.	.	5,1	4,2	5,2
Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie	.	.	6,2	4,6	3,7
Industrieministerien, insgesamt	5,6 - 5,8	5,6	5,8	5,1	4,5
nachrichtlich: Istergebnis	.	.	5,9	4,3	.

1) Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs.
 Quellen: Direktive des X. Parteitag der SED... (in: Neues Deutschland vom 18./19. April 1981, S. 3 ff.); Fünf-jährplan 1981 bis 1985 ... (in: GBl. der DDR, Teil I/1981, S. 405 ff.); Volkswirtschaftspläne (zuletzt: GBl. der DDR, Teil I/1982, S. 623 f.) sowie Planerfüllungsberichte (zuletzt: Neues Deutschland vom 15./16. Januar 1983, S. 3).

Bereich der Industrieministerien noch 5,6 vH festgelegt gewesen; die Planung für 1983 sieht 4,5 vH vor (Ist 1982: 4,3 vH). Die Rücknahme des geplanten Wachstums erstreckt sich auf fast alle Industriebereiche, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Nicht tangiert sind der Bereich Kohle und Energie, außerdem die Glas- und Keramikindustrie. Überdurchschnittlich sind die Produktionsziele der chemischen Industrie sowie des Bereichs Erzbergbau, Metallurgie und Kali gekürzt worden. Geringere Raten als im Fünfjahrplan gibt es auch im Maschinenbau und im Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau.

Es ist schwer zu sagen, ob die Veränderungen im Wachstumstempo der einzelnen Industriezweige, wie sie im Jahr 1982 realisiert und für das Jahr 1983 geplant wurden, lediglich das Ergebnis einer erzwungenen Anpassung an veränderte Bedingungen ist, oder ob damit eine neue wirtschaftspolitische Strategie eingeleitet wird. Die DDR hat in den letzten Jahren ih-

re Energiepolitik und die Schwerpunkte ihrer Investitionstätigkeit verlagert. Die Ziele für die Braunkohleförderung wurden ständig nach oben gesetzt; zuletzt wurden bereits Förderziele von 295 Mill. t für 1985 genannt. Die damit notwendigen Aufwendungen für Investitionen zum Aufschluß neuer Tagebaue, für Einrichtungen und Anlagen der Fördertechnik und die Umstellung der meisten Anlagen auf Braunkohle sind keine nur kurzfristig wirksamen Entscheidungen. Die damit gleichzeitig verbundene Zurückstellung der verarbeitenden Industrie in der Zuteilung von Investitionen hat auch längerfristige negative Folgen für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.

Entwicklung, Planung und Perspektiven für den Außenhandel

Für 1982 meldet der Planerfüllungsbericht eine Erhöhung der Exporte um insgesamt 14 vH, eine Zunahme des Außenhandelsumsatzes mit der Sowjetunion um 10 vH und einen Exportüberschuß im Handel mit dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (westliche Industrieländer und Entwicklungsländer). Eine andere Quelle bezifferte den Exportüberschuß bis Ende Oktober 1982 auf 3,8 Mrd. Valutamark⁷. Weitere Aufschlüsse über die Außenhandelsergebnisse für das Jahr 1982 lassen sich aus den Partnerlandstatistiken gewinnen, die allerdings noch nicht für das ganze Jahr vorliegen und — wie immer — nicht mit der DDR-Statistik in Einklang zu bringen sind:

- Im Handel mit der UdSSR gibt es eine recht gute Übereinstimmung der sowjetischen Zahl mit dem DDR-Bericht: Exporte und Importe der DDR stiegen um mehr als 10 vH. Die vier sozialistischen Länder, die vierteljährlich Bericht erstatten (CSSR, Polen, Ungarn, Jugoslawien), zeigen eine Abnahme der DDR-Exporte und eine Zunahme der Importe.
- Bei den westlichen Industrieländern hat sich eine deutliche regionale Verlagerung des Außenhandels ergeben. Im Handel mit den OECD-Ländern (ohne den Innerdeutschen Handel) hat die DDR ihre Importe radikal gekürzt (-33 vH) und ihre Exporte erhöht (+ 17 vH), zweifellos als Ergebnis der veränderten Bankenpolitik, nach der Anschlußkredite kaum noch zur Verfügung gestellt worden sind, sondern eine Rückzahlung der fälligen Tilgungen gefordert worden ist.

⁷ Der Generalsekretär nannte diese Zahl als Außenhandelsergebnis mit den „nichtsozialistischen Ländern“, vgl. Schlußwort auf der 5. Tagung des ZK der SED. In: Neues Deutschland vom 27./28. November 1982, S. 4. Ein Kommentator im Neuen Deutschland zu diesem Komplex hat die gleiche Zahl auf das gesamte Außenhandelsergebnis bezogen. Vgl. Neues Deutschland vom 30. November 1982, S. 2.

— Ein anderes Bild zeigt sich im innerdeutschen Handel. Hier sind bis November die Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland um 13,5 vH und die Bezüge um 10 vH gestiegen. Die relativ geringe Verschuldung der DDR gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und die damit besseren Finanzierungsmöglichkeiten haben die DDR offenbar veranlaßt, einen Teil ihrer notwendigen Westimporte aus der Bundesrepublik zu beziehen. Gleichwohl gab es auch hier Finanzierungsprobleme, ohne die sich der Handel möglicherweise noch stärker hätte erhöhen können.

Faßt man die Ergebnisse der Partnerlandstatistiken zusammen, so wird die vom Planerfüllungsbericht genannte Zunahme der DDR-Exporte nicht bestätigt. Für den Import, über den der Erfüllungsbericht überhaupt nichts aussagt, ergibt sich aus den Berichten der Partnerländer zusammengenommen dem Werte nach Stagnation, real also ein Rückgang. Eine präzise Aussage über den Saldo im Außenhandel ist wegen der lückenhaften statistischen Basis ausgeschlossen. Sicher ist jedoch, daß die DDR insgesamt einen Ausfuhrüberschuß erzielt hat. Der größte Erfolg ist der Überschuß im Handel mit den OECD-Ländern (ohne innerdeutschen Handel), nach jahrelangem Defizit. Auch im innerdeutschen Handel (Warenverkehr) war das Ergebnis — wie schon 1980 und 1981 — für die DDR positiv. Im Handel mit der Sowjetunion dürfte dagegen wieder ein Defizit entstanden sein; der Rückgang der Erdöllieferungen wurde durch Preissteigerungen mehr als ausgeglichen.

Das positive Ergebnis im Handel mit den OECD-Ländern wird auch durch die Entwicklung der Verschuldung bei westlichen Banken bestätigt. Die letzten Daten der Bank für internationalen Zahlungsausgleich zeigen, daß die DDR ihre Bruttoverschuldung von Ende 1981 bis September 1982 um rund 1,6 Mrd. US-\$ abgebaut hat. Zum Teil hat sie dafür eigene Guthaben eingesetzt, die Nettoverschuldung ging insgesamt um 0,7 Mrd. US-\$ zurück. Auch bis Jahresende wurde berichtet, daß die DDR ihren Zins- und Tilgungsverpflichtungen pünktlich nachgekommen sei.

Für das Jahr 1983 sieht der Volkswirtschaftsplan vor, den Außenhandelsumsatz um 13 vH zu erhöhen. Über Export und Import und ihre regionale Verteilung werden im veröffentlichten Plan — wie üblich — keine Angaben gemacht. Für den Handel mit der Sowjetunion legt das Handelsabkommen ein Volumen von 13 Mrd. TRbl fest; das wäre — je nach dem Ergebnis von 1982, das bisher in den einzelnen Quellen unterschiedlich beziffert wird — eine Zunahme zwischen 10 und 13 vH. Die Handelsabkommen mit den anderen RGW-Ländern für das Jahr 1983, soweit sie bisher vorliegen und präzise Daten enthalten, deuten eher auf eine geringere Zunahme hin. Der RGW-Handel dürfte

sich damit unterproportional ausdehnen, möglicherweise mit einem Überwiegen des Exportwachstums, um das Defizit im Handel mit der Sowjetunion zu verringern.

Läßt man den Handel mit den Entwicklungsländern einmal außer acht, so könnte auch für den Westhandel eine Ausdehnung der Umsätze von mindestens 13 vH geplant sein. Vermutlich soll innerhalb dieses Rahmens der Export weitaus stärker ausgeweitet werden als der Import.

Als positiver Faktor für die Liquiditätslage der DDR ist festzustellen, daß sich die Zinsbelastung im Jahr 1983 erheblich verringern wird. Das internationale Zinsniveau ist im Verlauf des Jahres 1982 ständig zurückgegangen. Selbst wenn sich der Rückgang nicht weiter fortsetzt, dürfte das durchschnittliche Zinsniveau im Jahr 1983 vermutlich unter dem Stand von 1981 liegen. Zusammen mit dem geringeren Schuldenstand ist danach zu schätzen, daß die DDR 1983 nur noch rund 0,6 Mrd. US-\$ an Zinsen aufzubringen haben wird, also spürbar weniger als 1982 (Schätzung: 1 Mrd. US-\$).

Der zweite positive Faktor für die DDR ist, daß sie auch 1983 wieder erhebliche DM-Einnahmen (außerhalb des Rahmens des Berliner Abkommens) haben wird. Die Zahlungen aus dem Bundeshaushalt, von sonstigen öffentlichen und anderen Stellen beliefen sich 1981 auf 1,2 Mrd. DM, sie dürften 1982 in dieser Größenordnung geblieben sein und sind nach den Ansätzen des Bundeshaushalts für 1983 auf 850 Mill. DM zu veranschlagen. Der Rückgang ergibt sich aus der Fertigstellung von längerfristigen Investitionen im Berlin-Verkehr (Autobahn!). Darüber hinaus wird geschätzt, daß die DDR jährlich eine weitere Milliarde DM einnimmt (Mindestumtausch, Intershop, Genex). Zusammengenommen hatte sie also im Jahr 1982 mehr als 2 Mrd. DM verfügbar. 1983 dürften es zwar 0,2 bis 0,3 Mrd. DM weniger sein. Während aber die DDR 1982 aus diesen Einnahmen ihre Zinsleistungen gerade erbringen konnte, werden 1983 die DM-Einnahmen die Zinszahlungen etwas übersteigen.

1982 hat die DDR durch Forcierung der Exporte und Drosselung der Importe im Handel mit den westlichen Industrieländern einen Exportüberschuß erwirtschaftet. Bei Beibehaltung des gegenwärtigen Export- und Importvolumens wäre sie in der Lage, auch 1983 ihren Schuldenstand weiter abzubauen. Zu beachten ist allerdings, daß sie 1982 auch eigene Guthaben zur Schuldentilgung eingesetzt hat und daß sie diese Bestände 1983 vermutlich nicht mehr nennenswert reduzieren kann.

Eine Fortsetzung der restriktiven Bankenpolitik im Jahr 1983 würde für die DDR bedeuten, daß sie ihren Exportüberschuß zumindest halten, vielleicht sogar

Zahlungen der Bundesrepublik an die DDR 1971 bis 1981

in Mill. DM*

	1971 1975 ⁻⁵⁾	1976	1977	1978	1979	1980	1981
1. Zahlungen aus dem Bundeshaushalt, insgesamt	234	477	523	513	991	921	1 046
davon: Transitpauschale ¹⁾	188 ⁶⁾	400	400	400	460	575	575
Kostenbeteiligungen an Investitionen im Berlin-Verkehr	-	46	98	81	566	327	455
Erstattung von Visa- bzw. Einreisegenehmigungsgebühren sowie Steuerausgleichsabgabe	46	31	25	31	25	19	17
2. Zahlungen aus anderen öffentlichen Haushalten, insgesamt	82	60	72	140	34	73	95
davon: Dienstleistungen ²⁾ der DDR aufgrund vertraglicher Abmachungen des Landes Berlin ³⁾	37 ⁷⁾	94	70	66	58	77	94
Zahlungen von Bundespost und Bundesbahn ⁴⁾	45 ⁸⁾	-34	2 ⁹⁾	74	26	-4	2
3. Zahlungen von privater Seite für nicht erstattete Visa- und Straßenbenutzungsgebühren	36	69	73	80	80	40	35
Summe aus 1. bis 3.	352	607	668	733	1 155	1 034	1 177

*Differenzen in den Summen durch Rundung.

1) U.a. Gebühren für Straßenbenutzung und Visa.-2) U.a. Abfall- und Abwasserbeseitigung.-3) Einschließlich seiner Eigenbetriebe.-4) Einschließlich Verrechnung des Aktivsaldos der Bundesbahn (in Mill. DM): Durchschnitt 1973/75: 80; 1976: 70; 1977: 95; 1978: 22; 1979: 71; 1980: 101; 1981: 95.-5) Fünfjahresdurchschnitt.-6) Ab 1972 mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 235 Mill. DM.-7) Einschließlich Wertausgleich aufgrund eines Gebietstausches in Höhe von 35 Mill. DM im Jahre 1972.-8) Einschließlich eines Pauschalbetrages von 250 Mill. DM für Mehrleistungen der DDR-Post bis 1966, der im Haushaltsjahr 1971 anfiel; einschließlich Investitionskostenbeitrag für Telefonleitungen in Höhe von 3 Mill. DM im Jahre 1972.-9) Einschließlich Abgeltung für Mehraufwand im Zusammenhang mit einer Richtfunkstrecke (1,7 Mill. DM).

Quellen: Drucksachen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode: Nrn. 1554/78, 2598/79 und 3790/80 sowie 9. Wahlperiode: Nrn. 553/81 und 1391/82; zusammengestellt vom DIW.

noch etwas erhöhen muß. Der Handel mit den OECD-Ländern wird somit weiter durch extreme Exportanstrengungen der DDR gekennzeichnet sein, auch die regionale Verschiebung zugunsten des innerdeutschen Handels könnte sich fortsetzen. So wird 1983 wieder ein Jahr mit besonderer Anspannung sein. Die Planung für den Außenhandelsumsatz (+ 13 vH) dürfte allerdings auch Importsteigerungen vorsehen.

Fazit

1982 hat die DDR unter dem Druck der außenwirtschaftlichen Probleme beachtliche Leistungen erreicht. Sie hat das Defizit im Handel mit den westlichen Industrieländern in einen Überschuß verwandelt und ihre Nettoverschuldung gegenüber allen westlichen Ländern um rund 10 vH vermindert. Durch Strukturänderungen und extreme Sparmaßnahmen ist es ihr gelungen, die Material- und Energieaufwendungen zu reduzieren und die Nettoproduktion erstmals in ihrer Geschichte stärker zu steigern als das Bruttoprodukt. Die Einsparungen betrafen allerdings nicht nur überhöhte Inputs, sondern tangierten in vielen Berei-

chen das absolut notwendige Einsatzvolumen. Dies gilt sowohl für Material als auch für Investitionen. Der Erfolg war deshalb mit erkennbaren Wachstumsverlusten verbunden. Die Anstrengungen müssen 1983 nochmals beachtlich sein, wenn sich die restriktive Politik der westlichen Banken fortsetzt. Die bisherigen Planungen lassen erkennen, daß die DDR mit einer solchen Entwicklung rechnet. Sie hat die Wachstumsziele der Fünfjahrplanung verlassen und setzt ihre leistungsbilanzorientierte Strategie der Einsparungen beim Materialverbrauch und bei den Investitionen fort. Dies läuft letzten Endes darauf hinaus, unter dem Druck der Außenwirtschaft Wachstumsverluste in Kauf zu nehmen und auf mögliche Produktivitätsfortschritte zu verzichten; gefährdet ist damit langfristig die Wettbewerbsfähigkeit. Nach der Entwicklung im Jahre 1982 ist die restriktive Haltung der westlichen Banken ökonomisch nicht mehr zu begründen. Bleibt man dennoch dabei, schädigte dies unmittelbar die Ausgewogenheit der Handelsbeziehungen der DDR zum Westen und beeinträchtigte die Chancen der westlichen Firmen, in die DDR zu exportieren.

Zur Situation des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik Deutschland

Die von der Deutschen Bundespost geplante Investitionserhöhung zum Ausbau des Kabelfernsehnetzes hat das Thema Kabelfernsehen in den Mittelpunkt der medienpolitischen Diskussion gerückt. Die angekündigten Landesmediengesetze sehen im Rahmen der Kabelpilotprojekte ebenfalls Möglichkeiten einer erweiterten Nutzung der Kabelfernsehnetze vor. Handelt es sich hier um eine strategische Weichenstellung auf dem Gebiet der Medienpolitik, die über die Stillhalteabkommen nach dem „Kronberger Beschluß“¹ hinausgeht? Oder ist auf dem Gebiet der Fernmeldepolitik nur eine stärkere Rolle der Post im Großgemeinschaftsantennenbereich geplant?

Nur geringe Kabelfernsehichte in der Bundesrepublik

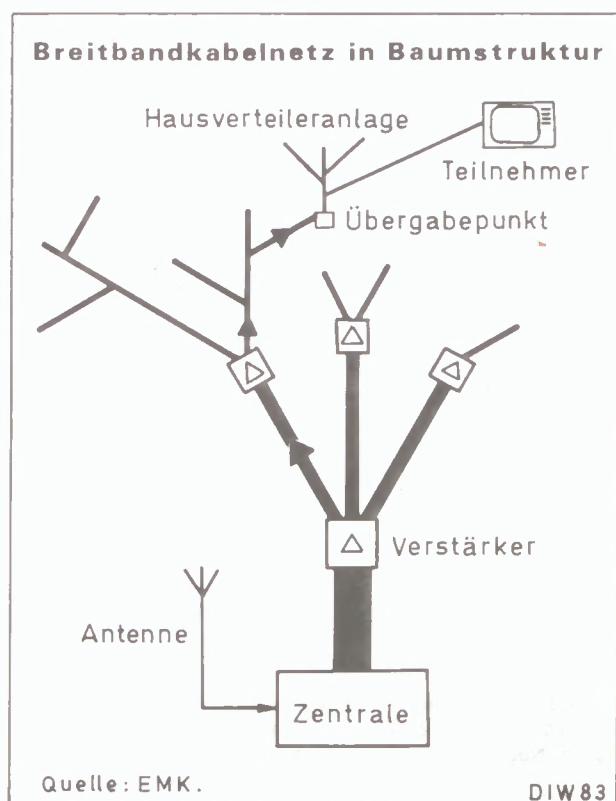
Kabelfernsehen (KTV) bedeutet, daß Bild- und Toninformationen wie Fernsehprogramme nicht in jedem Haus drahtlos empfangen werden. Sie werden durch Breitbandverteilnetze, z.B. auf der Basis von Kupferkoaxialkabeln (die ein ca. 2000faches Frequenzband der schmalbandigen, zweidrahtigen Telefonleitungen haben), an die Einzelanschlüsse verteilt (vgl. Schaubild).

Ursprünglich wurde Kabelfernsehen vor allem in solchen Gebieten eingesetzt, die aufgrund der örtlichen Ausbreitungsverhältnisse nicht ausreichend in der herkömmlichen Weise, also über Einzelantennen (EA), versorgt werden konnten. In der Bundesrepublik sind dies ca. 2 vH der Haushalte (etwa 0,4 Mill.), welche die Funksignale nicht in genügender Feldstärke

empfangen. Hinzu kommen etwa 0,5 bis 1 Mill. Haushalte, deren Empfang durch Hochhausabschattung erschwert wird².

Im Ausland hat sich Kabelfernsehen durch Verkabelung von Abschattungsgebieten auf ganz ähnliche Weise entwickelt. Man entdeckte jedoch bald, daß auch in den übrigen, bereits drahtlos versorgten Gebieten eine starke Nachfrage nach Kabelfernsehanschlüssen entsteht, wenn zusätzliche, mit der normalen Antennentechnik — ortsüblich und drahtlos — nicht empfangbare Programme in die KTV-Anlage, z.B. über Richtfunk, eingespeist werden. Dank ihrer besseren Antennentechnik können KTV-Anlagen in bestimmten Gebieten auch Programme aus dem benachbarten Ausland empfangen oder sich diese durch Breitbandfernnetze der Fernmeldeverwaltung zuführen lassen. Außerdem ist das Verbreiten zusätzlich bezogener oder in lokalen Studios produzierter Programme, wo dies rundfunk- und urheberrechtlich zulässig ist, eine wichtige Möglichkeit der Programm-erweiterung. Die relativ hohe Verkabelungsdichte in Belgien, Holland, Irland und der Schweiz (vgl. Tabelle 1) ist zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die durch zusätzliche Programmangebote entstandene Nachfrage zurückzuführen.

Die Produktion von separaten Lokalprogrammen in jeder Kopfstation ist jedoch ein arbeitsintensiver Vorgang. Erst die Möglichkeit, viele solcher KTV-Anlagen gemeinsam mit zusätzlichen Programmen überregional zu versorgen, hat zu der enormen Ausweitung des Kabelfernsehens geführt, die z.B. in den USA und Ka-



¹ Nach der Besprechung des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit den Ministerpräsidenten der Länder am 12.5.1978 in Kronberg konnte man davon ausgehen, daß vor Beendigung und Auswertung der von den Ländern geplanten Pilotprojekte für das Kabelfernsehen (etwa in den Jahren 1986/87) keine Entscheidung über die allgemeine Einführung von Kabelverteilssystemen (Netze, Programme, Dienste) zu erwarten sei und die entsprechende Anpassung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens an diese Situation erst danach stattfinden würde.

² Vgl. hierzu: Expertenkommission Neue Medien — EKM, Baden-Württemberg, Abschlußbericht, Stuttgart, 1981, S. 55 ff.

Kabelfernsehichte in Westeuropa 1982

Land	Bevölkerung in Mill.	Haushalte mit TV in Mill.	G G A A 1) Anschlüsse in Mill.	G A A 2) Anschlüsse in Mill.	G G A A Anschlüsse je TV- Haushalt in vH
Belgien	10,0	2,7	2,3	0,1	85,2
Bundesrepublik Deutschland	61,5	21,0	0,3	9,7	1,4
Dänemark	5,0	2,0	0,1	0,7	5,0
Finnland	5,0	1,4	0,1	0,1	7,1
Frankreich	53,0	15,0	0,1	8,2	0,4
Großbritannien	57,0	18,0	2,5	0,1	13,9
Irland	3,0	0,7	0,2	-	28,6
Niederlande	14,0	4,8	2,1	0,8	43,8
Norwegen	4,0	1,1	0,1	0,2	10,9
Österreich	7,5	2,3	0,1	-	4,3
Schweden	8,2	3,5	-	1,8	-
Schweiz	6,3	2,0	0,7	0,4	35,0

1) Großgemeinschaftsantennenanlagen mit über 300 Anschlüssen. - 2) Gemeinschaftsantennenanlagen bis zu 300 Anschlüssen.
 Quelle: Link Resources, Cable and Satellite TV Developments in Western Europe (1982 - 1987), Wiesbaden, 1982.

nada zu beobachten ist³. Die gemeinsame überregionale Versorgung geschieht dort zum Teil durch Fernsehsatelliten, so daß eine viel größere Zahl von Kunden mit demselben Programm erreicht werden kann. Gleichzeitig kann wegen der Möglichkeit des Pay-TV (Abrechnung je Programmkanal) individuell abgerechnet werden.

Das Wachstum des Kabelfernsehens in einigen Ländern ist also vor allem durch das Angebot zusätzlich empfangbarer Programme (moderne KTV-Anlagen können je nach Qualitätsstandard bis zu 50 TV-Programme übertragen), und hier vor allem von Unterhaltungsprogrammen, sowie die Möglichkeit einer individuellen Tarifierung erklärbar. Das Verbreiten zusätzlich eingespeister Programme stößt jedoch in einigen Ländern, wie in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in Großbritannien und Frankreich, auf rundfunk- und urheberrechtliche Probleme, so daß sich auch aus diesem Grund Unterschiede in der Versorgungsdichte mit KTV erklären lassen. Hier standen bis jetzt die Versorgung von Abschattungsgebieten sowie die Ausnutzung der Vorteile von Gemeinschaftsantennenanlagen (GAA)⁴ im Vordergrund der KTV-Netz-Investitionen. Die sich dabei ergebenden Möglichkeiten einer größeren Zahl von TV-Programmen durch Kabelfernsehen wurden bis jetzt aus rundfunkrechtlichen Gründen nicht genutzt⁵.

Verkabelungsdiskussion auch in Großbritannien und Frankreich

Es ist nun besonders interessant, daß in diesen beiden Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit verstärkt über eine Verkabelung diskutiert

wird und dabei auch die konjunkturellen Nachfrageeffekte, die nach einer Änderung des Rundfunkrechtes auf das Kabelfernsehen zukommen, Berücksichtigung finden. Diese Debatte ist besonders in Großbritannien schon weit fortgeschritten⁶. Die erwarteten Nachfrageeffekte hängen jedoch sehr von den rechtli-

³ Die Studie „Cabling in London“ des Greater London Council vom 3.12.1982, London, S. 86 ff., gibt darüber einen guten Überblick:

Von den 76 Mill. Fernsehhaushalten der USA hatten 1981 32,8 Mill. Anschlußmöglichkeiten an KTV, mehr als doppelt soviel wie drei Jahre früher (13,4 Mill.). Gleichzeitig stieg die Anschlußdichte in dieser Zeit von 48,3 auf 55,1 vH. Die Anzahl der Anschlüsse mit „premium service“ stieg in derselben Zeit von 1,2 Mill. auf 9,1 Mill. Seit 1977 ist auch für die urheberrechtliche Frage eine Lösung gefunden worden, die das frühere „Leap Frogging“ Problem gelöst hat. In Kanada sind 54 vH der Haushalte an KTV angeschlossen, weitere 26 vH haben Anschlußmöglichkeiten an KTV.

⁴ In Mehrfamilienhäusern und Wohnblocks sind GAA kostengünstiger als EA zu erstellen und zu betreiben.

⁵ Die Möglichkeit, zusätzlich zu ortsüblich empfangbaren Programmen auch sämtliche Regionalprogramme und eventuell auch aus dem Ausland empfangbare Programme regional einzuspeisen, ist in der Bundesrepublik rundfunkrechtlich noch nicht möglich. Es dürfen nur ortsüblich empfangbare Programme eingespeist werden, jedoch keine herangeführten Programme.

Der Bundespostminister hat deshalb im Zusammenhang mit der geplanten Investitionserhöhung im KTV-Bereich die Länder aufgefordert, bald die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

⁶ Vgl. hierzu die Berichte des unabhängigen Information Technology Advisory Panel (ITAP) und der „Hunt-Kommission“ sowie die dadurch ausgelösten Debatten im Herbst 1982, z.B. „The Cabling of Britain“, POEU, London, oder „Recabeling Britain“, Financial Times, 4.12. 1982.

chen Rahmenbedingungen ab, unter denen private KTV-Anlagen betrieben und daraus resultierende Dienste angeboten werden können.

Fragen in diesem Zusammenhang sind: Sollen nur privat betriebene KTV-Anlagen erstellt werden? Muß sich der Netzerrichter von dem Programmeinspeiser oder KTV-Rundfunkbetreiber unterscheiden? Welche Programme dürfen zusätzlich zu ortsüblich empfangbaren Programmen eingespeist werden? Welche Gebührestruktur, Werbebeschränkung und welche exklusiven Übertragungsrechte sind vorzugeben? Welche Rolle spielen dabei der Anschluß an das Fernmeldenetz und die dort vorliegenden Ausbaupläne für ein integriertes breitbandiges Telekommunikationsnetz (ISDN) der 90er Jahre? Ergibt sich durch die private Trägerschaft von KTV-Anlagen sogar die Möglichkeit, das lokale Fernmeldemonopol zu umgehen?

In Frankreich ist die Erörterung derartiger Fragen durch den Bericht der Moinot Commission in Gang gekommen, die im Juli 1981 zum Studium der Probleme der audiovisuellen Kommunikation eingesetzt worden war⁷. Dort stehen jedoch nicht so sehr die medienpolitischen, sondern die industriepolitischen Aspekte eines verstärkten Ausbaus des KTV-Netzes im Vordergrund.

Eine solche Debatte ist nun auch in der Bundesrepublik aktuell geworden⁸: Erstens, weil die Post neben den geplanten Investitionssteigerungen im Breitbandverteilsnetz in ihrem Kooperationsmodell verstärkt private Netzbetreiber ins Gespräch gebracht hat, und zweitens, weil die Länder, bei denen die Entscheidungskompetenz für rundfunkrechtliche Fragen liegt, in ihren Novellierungsvorschlägen für die Landesmediengesetze ebenfalls die Möglichkeit einer privaten KTV-Rundfunkveranstaltung vorsehen.

Stand der Verkabelung in der Bundesrepublik und die Ausbaupläne der Bundespost

Von den 21 Mill. Haushalten, die einen Fernsehempfänger besitzen (Sättigungsgrad 97 vH), werden nach Angaben der Bundespost (Stand: 1.1.1982) 52 vH mit Einzelantennen (EA) versorgt. Die übrigen Haushalte sind größtenteils an private Gemeinschaftsantennenanlagen (GAA) verschiedener Größenklassen angeschlossen (vgl. Tabelle 2); nur ein ganz geringer Teil benutzt Großgemeinschaftsantennenanlagen (GGAA) und KTV-Anlagen mit über hundert Teilnehmern, die mit geringem Aufwand für die Verbreitung zusätzlicher Programme umgerüstet werden können. Bemerkenswert ist auch, daß mit den von der Bundespost betriebenen Verteilsnetzen nur 1,3 vH der TV-Haushalte versorgt werden.

Die Bundespost hat hier in den letzten Jahren zurückhaltend investiert⁹, doch ist die Investitionsrate

Struktur der Gemeinschaftsantennenanlagen in der Bundesrepublik Deutschland nach Größenklassen (Stand: 1.1.1982)

Größenklassen (in Wohneinheiten)	Anzahl der Anlagen	Anteil aller Fernsehhaushalte in vH
2 - 100	550 000	33,0
101 - 500	8 372	5,7
501 - 1000	382	5,0
über 1000	124	1,4

Quellen: Deutsche Bundespost, Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie.

ständig erhöht worden. Sie hat sich dabei nur auf solche Bereiche konzentriert, die auch medienpolitisch unumstritten waren. Der größte Teil der Investitionen in diesem Bereich wurde durch private Unternehmen getätigt. Diese Gewichtung dürfte sich aufgrund der jetzt vorgesehenen Investitionssteigerung verschieben. Auch in der Zielrichtung der Investitionen der Deutschen Bundespost ergeben sich wesentliche Umschichtungen. Betrachtet man die in ihrem Ausbauprogramm für 1983 vorgesehenen Investitionsschwerpunkte im Breitbandbereich, wie

- KTV-Anlagen bei akutem öffentlichen Bedarf, wie Hochhausabschattung, Verbot von Außenantennen und anderen künstlich entstandenen Versorgungslücken,
- Breitbandinselnetze (KTV-Anlagen) für Gemeinden, die aufgrund der örtlichen Ausbreitungsverhältnisse in der herkömmlichen Weise nicht ausreichend versorgt werden,
- Verbinden und Ausweiten von schon bestehenden Inselnetzen,
- schwerpunktmäßige Verkabelung von Städten, die ein besonderes Interesse an einem KTV-Netz haben,

so setzen vor allem die drei letztgenannten Investitionsschwerpunkte neue Akzente.

Die genaue Verteilung der für 1983 angekündigten Investitionen auf die einzelnen Schwerpunkte liegt nach Angaben der Bundespost zur Zeit noch nicht fest. Es ist jedoch besonders der letzte Punkt, der auf das Interesse potentieller Investoren stoßen dürfte

⁷ Vgl. hierzu: Pour une réforme audiovisuelle, La documentation française, Paris 1981.

⁸ Vgl. z.B.: Wolfgang Hoffmann, Falsch verbunden, in: Die Zeit vom 3.12. 1982, S. 17.

⁹ Die Zahl der an Breitbandverteilsnetze der Bundespost angeschlossenen Haushalte betrug (jeweils in 1000 zum Jahresende) 1978 26, 1979 30, 1980 72, 1981 270 und am 31.6.1982 350.

sowie auf das Interesse von Landesregierungen, die hier durch eine Liberalisierung des Rundfunkrechtes neue medienpolitische Akzente setzen wollen. Aus diesem Grunde kommt auch der Art wesentliche Bedeutung zu, in der private Unternehmen, die schon seit langem kleine private KTV-Anlagen errichten durften, nunmehr in Kooperation mit der Deutschen Bundespost größere Gebiete mit breitbandigen Verteilnetzen versorgen können. Diese privat errichteten Netze sollen von Kopfstationen der Deutschen Bundespost gespeist werden.

Geht es hier nur um eine konjunkturpolitisch motivierte Investitionserhöhung, um eine unbefriedigte Nachfrage zu erfüllen¹⁰? Hierbei taucht allerdings auch die Frage auf, warum diese Nachfrage in der Vergangenheit nicht durch private Antennenbauer befriedigt werden konnte. Dies hängt damit zusammen, daß seit 1977 Gemeinschaftsantennenanlagen nicht mehr private Grundstücksgrenzen überqueren dürfen und damit in ihrer Größe (Zahl der Anschlüsse je Kopfstation) begrenzt sind. Nur die Bundespost darf größere Breitbandverteilstellen errichten. Die von der Bundespost vorgesehenen Kooperationsmodelle würden nun auch privaten Unternehmen dieses Betätigungsfeld wieder eröffnen.

Oder möchte man vielmehr die erwartete Nachfrage befriedigen, die erst durch neue rundfunkrechtliche Rahmenregelungen, sprich die Möglichkeiten zusätzlicher Programmangebote (private oder öffentlich-rechtliche), auf Länderebene entstehen wird? Da neue rundfunkrechtliche Rahmenbedingungen noch nicht vorliegen, kann im folgenden nur zu den Investitionsplänen der Bundespost Stellung genommen werden.

Verkabelung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze?

Bei der Vorstellung des Haushaltes 1983 der Bundespost betonte der Bundespostminister, daß der Ausbau von Breitbandverteilstellen für den Rundfunk und Fernsehempfang auf der Basis der modernsten Kupfer-Koaxial-Technik intensiviert werden sollte; deshalb habe die Bundespost ihren ursprünglichen Haushaltsansatz in diesem Bereich von 410 Mill. DM auf 1 Mrd. DM heraufgesetzt.

Zusätzlich beabsichtigt die Bundespost eine Kooperation mit privaten Unternehmen. Die Firmen sollen die Möglichkeit erhalten, nach technischem Standard der Bundespost lokale Breitbandverteilstellen zu errichten und zu betreiben. Als einen wesentlichen Grund für den verstärkten Ausbau dieser Kabelfernsehnetze (KTV-Netze) erwähnte der Minister in diesem Zusammenhang die Schaffung von ca. 15 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die durch diese Zusatzinvestition von 590 Mill. DM induziert werden¹¹.

Auch in Großbritannien und Frankreich erwartet man von Investitionen in Kabelfernsehen wichtige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Vor allem in Großbritannien spielen in der Debatte über die Einführung des KTV neben industrie- und technologie-politischen Argumenten auch Beschäftigungseffekte eine wichtige Rolle. Dabei wurde neben der anfallenden Arbeit für die Verkabelung und die notwendige Umrüstung der Fernsehgeräte mit Decodern¹² auch die Nachfrage nach kreativem Potential für die Produktion zusätzlicher Programme diskutiert.

Ob und in welchem Umfang Arbeitsplätze geschaffen werden können, hängt auch von der Regulierungsform ab, für die sich die britische Regierung entscheidet. Diese Vorstellungen sollen im Frühjahr 1983, nach Vorliegen eines Weißbuches der Regierung, öffentlich diskutiert werden. Vorgesehen ist jedoch schon jetzt eine private Trägerschaft für Netzerrichter und Programmanbieter. KTV soll sich, so der Innenminister am 2.12.1982 im Parlament, durch Gebühren, Werbung und durch private Beteiligung (Sponsoren) an den Programmkosten selbst finanzieren. Durch diese privatwirtschaftliche Orientierung wird sicherlich die Erstellung eines flächendeckenden Netzes hinausgezögert, da innerhalb der nächsten zehn Jahre wohl zuerst die Ballungszentren sowie die mittleren Städte versorgt werden und die Berücksichtigung des ländlichen Raumes fraglich bleibt.

Im November 1982 gab die französische Regierung bekannt, daß bis zum Jahre 1986 1,5 Mill. Haushalte an ein Breitbandverteilstellen angeschlossen werden sollen, welches, soweit wie technisch möglich, auf der Glasfasertechnologie beruht¹³. Schon 1983 sollen 100 000 und von 1984 an 200 000 Anschlüsse pro Jahr installiert werden. Bis 1995 hofft man, daß 50 vH der Haushalte Zugang zu solchen Breitbandanlagen haben.

Diese Entscheidung geht auf den oben erwähnten Bericht der Moinot Commission zurück. Die Kommission veranschlagte, daß durch die Erstellung eines nationalen Breitbandnetzes, das nach 15 Jahren ca.

¹⁰ Nach Angaben der DBP gibt es in Berlin 40 000 Anfragen, in denen KTV-Anschlüsse gewünscht werden (vgl.: Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Januar 1983, S. 46-48).

¹¹ Vgl.: Post sichert 200 000 Arbeitsplätze, in: Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Nr. 12, 1982, S. 12.

¹² Vgl. z.B.: Report by Economic Policy Group, The Greater London Council, London, 3.12. 1982. Der Kabinettsbericht des Information Technology Advisory Panel (ITAP) unterstellt z.B., daß die Verkabelung von 50 vH der englischen Haushalte Investitionen von 2 bis 3 Mrd. £ erfordern würde, mit entsprechend hohen Beschäftigungswirkungen.

¹³ Vgl.: France switches on the cable television, in: Financial Times vom 14.10.1982.

70 vH der TV-Haushalte erreicht, ein jährliches Marktvolumen von 3 bis 4 Mrd. FF entsteht. 20 000 bis 30 000 Arbeitsplätze könnten in diesem Zeitraum geschaffen werden, wenn man durchschnittlich 1 Mill. Anschlüsse pro Jahr unterstellt.

Das von der Regierung jetzt vorgesehene Verkabelungstempo ist jedoch wesentlich langsamer, als der Vorschlag der Moinot-Kommission es vorsah. Insofern dürften auch hier die Arbeitsplatzeffekte geringer sein. Allerdings geht man anfänglich von einem Investitionsvolumen von 10 000 FF je Anschluß aus (mit entsprechendem Beschäftigungseffekt), das erst bei technischer Reife der Glasfaser auf unter 5 000 FF absinken dürfte.

Auch bei der Diskussion in Frankreich spielen die Arbeitsplätze im Programmbereich eine wichtige Rolle, obwohl quantitative Schätzungen nicht vorliegen.

Beschäftigungseffekte von KTV-Investitionen schwer erfaßbar

Das DIW hat im letzten Jahr über Beschäftigungseffekte von Fernmeldeinvestitionen der Deutschen Bundespost berichtet¹⁴. Die Berechnungen beziehen sich jedoch nur auf die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der **gesamten** Fernmeldeinvestitionen für den von der Bundespost beschafften Produktwarenkorb des Jahres 1980, so daß bei der Verwendung dieser Zahlen für die Bewertung von KTV-Investitionen Vorsicht geboten ist.

Bei seinen Berechnungen war das DIW von der Arbeitsproduktivität und dem Preisniveau im Jahre 1980 ausgegangen. Auf der Basis der jüngsten Konjunkturprognose des DIW¹⁵ für 1983 kann gegenüber dem Jahr 1980 mit einem Preisanstieg der Investitionen um 11,5 vH gerechnet werden. Die Produktivitätssteigerung gegenüber 1980 dürfte etwa 5,2 vH betragen. Allein die Berücksichtigung dieser beiden Aspekte führt 1983 (unterstellt man etwa dieselbe Produktstruktur wie 1980 und eine ähnliche Preis- und Produktivitätsentwicklung) zu Beschäftigungseffekten in Höhe von 13 000 Personen je 1 Mrd. DM Fernmeldeanlageinvestitionen.

Aus dieser Sicht erscheinen die oben erwähnten Aussagen über die Beschäftigungseffekte von Fernmeldeinvestitionen im KTV-Bereich als überhöht, es sei denn, die Bundespost hat auch die Beschäftigungseffekte von privaten Investitionen berücksichtigt, die durch eine stärkere Beteiligung privater Antennenbauer entstehen können.

Für den Antennenbau (Einzel- und Gemeinschaftsantennen) wurde nach Angaben des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) 1981 knapp 1 Mrd. DM aufgewendet. Die verstärkte Investitionstätigkeit der Bundespost im Breitbandbereich dürfte da-

her 1983 zu einer starken Zunahme der KTV-Investitionen (zu jeweiligen Preisen) führen, wenn die Antenneninvestitionen privater Haushalte nicht entsprechend zurückgehen¹⁶.

Ob dies der Fall ist, hängt sicherlich auch von den Rahmenbedingungen ab, zu denen private KTV-Anlagen im Rahmen der Kooperationsverträge mit der Deutschen Bundespost erstellt und betrieben werden dürfen, und der langfristigen medienpolitischen Konzeption, die von den einzelnen Landesregierungen vertreten wird.

Die genaue Form der Kooperationsverträge und die damit verbundenen Auflagen sind noch nicht im Detail bekannt. Erste Entwürfe sehen jedoch eine fernmelderechtlich sehr restriktive Handhabung vor. Private KTV-Anlagen dürfen nur nach den technischen Vorgaben der Bundespost erstellt werden und sollen nach einer Lizenzzeit von 15 Jahren zum Verkehrswert an die Bundespost übertragen werden. KTV-Anlagen-Betreibern soll nicht gestattet werden, Fernmeldedienste anzubieten.

Die rundfunkrechtlichen Rahmenbedingungen stehen bei den bis jetzt vorliegenden Landesmediengesetzen noch nicht endgültig fest. Wo sie als Entwurf vorliegen, wie in Hessen und Niedersachsen, sehen sie unterschiedliche Anreize für KTV-Rundfunk-Betreiber vor. In Niedersachsen ist z.B. beabsichtigt, daß zusätzliche Fernsehprogramme nur landesweit verbreitet werden dürfen, so daß für lokale KTV-Programme sowieso keine Chance besteht.

Die möglichen privaten KTV-Investoren werden sich bei den hier skizzierten fernmelde- und rundfunkrechtlichen Rahmenbedingungen wahrscheinlich sehr zurückhalten, so daß eher die traditionellen Gemeinschaftsantennenanlagen der Schwerpunkt privater Investitionen bleiben werden¹⁷. Aus dieser Sicht dürften sich auch die erwarteten zusätzlichen Beschäftigungseffekte von KTV-Investitionen auf die Investitionssteigerung der Bundespost beschränken. Eventuell stehen diesen Beschäftigungseffekten sogar Rückgänge bei privaten Antennenbauern gegenüber, wenn infolge der verstärkten KTV-Investitionen der Deut-

¹⁴ Vgl.: Müller, Jürgen und Wessels, Hans, Produktions- und Beschäftigungseffekte von Fernmeldeinvestitionen der Deutschen Bundespost, Wochenbericht des DIW, Nr. 34/82.

¹⁵ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1983, Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/83.

¹⁶ Die Investitionen der DBB in diesem Bereich betragen im Jahre 1981 nur 40 Mill. DM, 1982 258 Mill. DM.

¹⁷ Erst bei der Ausstrahlung von Programmen über Fernsehsatelliten (ab 1985) dürfte sich auch ohne „rundfunkrechtliche Liberalisierung“ eine steigende Nachfrage nach KTV-Anlagen ergeben, da bei Satellitenempfang Gemeinschaftsantennen gegenüber Einzelantennen einen wesentlichen Preisvorteil bieten.

schen Bundespost die Nachfrage nach privaten Gemeinschaftsantennenanlagen insgesamt zurückgeht.

Ausblick

Zur Beurteilung der Entwicklung von KTV-Netzen in der Bundesrepublik Deutschland sind — das haben die Ausführungen gezeigt — noch weitere Untersuchungen notwendig. Dabei ist auch die Frage nach der industriepolitischen Abwägung zwischen Investitionen in ein Koaxialverteilsnetz, das auf Unterhaltungsnachfrage beruht, oder in ein integriertes Breitbandnetz auf der Basis von Glasfaser, das auf der Kommunikationsnachfrage beruht, zu beantworten, und zwar in langfristiger Sicht. Aus der hier nur kurzfristig ausgerichteten Betrachtung folgt:

Die Erhöhung der Investitionsansätze der Deutschen Bundespost für KTV-Netze ist bis jetzt nur ein Signal in der medienpolitischen Landschaft, ohne daß damit schon klare Entscheidungen über die lang-

fristige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols bezüglich zusätzlicher Programmangebote und auch des Fernmeldemonopols hinsichtlich zusätzlich anbietbarer Dienste gefallen sind. Solange diese Fragen offen bleiben, wird, auch bei einer Beteiligung privater Kabelgesellschaften, eine Vollver Kabelung noch lange auf sich warten lassen. Aus diesem Grunde sollte man die Kabelinvestitionen der Bundespost eher als eine Nachholaktivität zum Ausgleich für die Zurückhaltung in den letzten Jahren verstehen. Fraglich ist auch, ob diese zusätzlichen Investitionen der Deutschen Bundespost bei den zur Zeit geltenden Gebühren überhaupt rentabel sind. Ob Kabelfernsehen in der Bundesrepublik wirklich den Angebotswert erhalten wird, der vom Technologiepotential her vorhanden ist, wird sich erst zeigen, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen die allgemeine Einführung und Nutzung von KTV-Systemen zulassen. Auf dem Weg dorthin sind noch schwierige medien-, urheber- (und auch fernmelde-) rechtliche Probleme zu lösen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Weiterhin Anspannung aller Ressourcen: Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1982/83. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —
Zur Situation des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik Deutschland. Bearbeitet von Jürgen Müller.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.
Zuzüglich Versandkosten.